

Einzelpreis 40 Wenz.

In Lada ohne Aufstellung monatlich 250 Wenz.
und monatlich 1000 Wenz., mit Aufstellung im
Haus monatlich 300 Wenz. u. monatlich 1200 Wenz.
durch die Post bezogen monatlich in Polen 1200 Wenz.
Ausland 2400 Wenz. — Anzeigenpreise:
Die 4-spaltige Nonpareilzeile 60 Wenz.
Reklamen: die 4-spaltige Nonpareilzeile
300 Wenz., Eingeladene im lokalen Teile 300 Wenz.
für die Korpuszeile: für das Ausland kommt
ein Aufschlag hinzu: für die erste Seite
werden keine Anzeigen angenommen. — Son-
stige werden nur nach vorheriger Verein-
barung gezahlt. Unverlangt eingesandte Ma-
nuscripte werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 106

Dienstag, den 9. Mai 1922

5. Jahrgang

Eine Demaskierung.

Das Ende der polnischen Toleranz
verkündet — Herr Rierstl im „Kurjer Wozn.“
Die Toleranz, die sie jetzt als polnische Tugend
galt, ist Herrn Rierstl ein Zeichen der Schwäche
und Passivität. Er macht seinen Volksgenossen
jeweils eine Nachlässigkeit zum Vorwurf, die sich
mit der Maske der Toleranz zudecke und
schreibt:

„Um uns herum tobt der Kampf. Der Kampf
um das Dasein der Staaten und der Völker. Wer
in diesem Kampf der Stärkere, der rücksichtslosere,
der egoistischer sein wird, der wird siegen. Die
Politik kennt keine Sentimentalität. Hier entscheidet
der Interessenkampf, die Kraft, die unerbittliche
Gewalt der Tatsachen. Wer das nicht versteht, der
kommt unter die Räder... Wir aber irren häufig
in einer Sphäre der Ideale herum. Wir träumen
von einem größeren Glück der Völker, das
gestützt ist auf der Grundlage der Gerechtigkeit.
Um Gottes willen, nur niemanden schädigen, nie-
mandem die Zähne zeigen! Als Beispiel führe ich
einen Vorgang der nächsten Vergangenheit an.
Im Jahre 1915 wurden polnische Gefangene in
höflicher Weise von ukrainischen Warden misshan-
delt: man brante ihnen die Augen aus, zertrug
ihnen die Knochen, zog ihnen leberdig die Haut
vom Leibe. Wir dagegen ließen ein paar tausend
gefangene ukrainische Krieger in Freiheit, und er-
reichten dadurch, daß diese sofort unseren Trup-
pen in den Rücken fielen und sie zum Rückzug am
Rhein zwangen. Letztlich identisch mit Dinaburg
und die polnischen Provinzen Litauens, die mit
dem Wille des polnischen Soldaten erlöst
wurden. Wir waren edel und großartig. Wir
hatten das Recht, Dankbarkeit zu erwarten.
Als Gegenleistung wurde uns Betrüdnung und
Verfolgung unserer Stammesgenossen in gerade
diesem Litauen zuteil. Und die Deutschen?
Sie verhielten unsere Stammesgenossen, welche
infolge ewiger Kämpfe auf der anderen Seite der
Grenze blieben — sie schlugen sie selbst für den
Gebrauch der polnischen Sprache. Bei uns ha-
gen — hat hier schon jemand gehört, daß ein
Deutscher wegen seiner Muttersprache irgend-
welches Leid oder auch nur Schwierigkeiten erfuhr?
Unsere Freundlichkeit treiben wir soweit, daß wir
uns dem Feinde gegenüber in seiner eigenen
Muttersprache verständigen. (121) Der Deutsche
kann diese polnische „Toleranz“ nicht verstehen:
er wundert sich in tiefer Seele und spricht ver-
ächtlich von „dummen Polacken“. Und die Juden?
Sie verbreiten in der Welt Gerüchte über pol-
nische Pogrome, Klagen über angebliche Bedrückung,
die sie in Polen erfahren — und ziehen zugleich
gleich hängenden Kränzen aus der ganzen Welt zu
sich, weil sie wissen, daß es ihnen nirgends besser
gehen wird. Trotz des Unrechts, welches uns ge-
troffen hat und welches uns noch ständig von unse-
ren Feinden zuteil wird, mimst es bei uns von
Verteidigern der Juden. Man muß sie erst alle
dahin belehren, daß sie Polen sind und daß sie
daher vor allem die polnischen Interessen verteidigen
sollten. Personen, die bei uns das Steuer
des Staates lenken, scheinen zu vergessen, daß sie
— um ein Beispiel anzuführen — alle Zweifel
hätten Fragen durchaus zum Vorteil Polens
beuten sollten. Im Gegenteil, im Namen dieser
abstrakten Gerechtigkeit, die man eine Sammel-
gerechtigkeit nennen könnte, gehen sie so vor,
als wenn sie nicht darüber wägen, ob Polen den
Verlust tragen wird, sondern als ob sie glük-
ten bei dem Gedanken, daß fremde
Rechte Einbuße erleiden könnten. Per-
sonen, die sich die nationalen Angelegenheiten ernst
zu Herzen nehmen, erfreuen sich bei uns keiner
Popularität. Solchen Leuten vertraut man bei uns
keinen bedeutenden Posten an. Solche Leute fürcht-
et man wie das Feuer. Während man bei andern
Nationen Männer mit starkem Charakter aus-
wählt, beruft, entscheidet, flüchtige Persönlich-
keiten, wählt man bei uns sorgfältig wichtige, be-
mühte, angestrebte — und möglichst nachgiebige (?)
Leute. Dementsprechend hört man die Ansicht auspre-
chen, daß, wenn jemand unsere Rechte vergewaltigt,
wenn er gegen uns brutal vorgeht, daraus bei
weitem nicht hervorgehe, daß wir ihm mit glei-
cher Münze heimzahlen sollen. In privaten Ver-
hältnissen — ja; in internationalen Beziehungen
wäre dieser Grundsatz nicht am Platz, und oft-
mals vom Uebel. In dem Kampf der Völker
um die Ehre müssen die Chancen gleich sein.
Wer diese Chancen nicht besitzt oder sie nicht
ausnützt, muß untergehen. Während des letzten
Krieges griffen die Deutschen mit Vergewaltigung
aller Rechte zum gemeinsten Rumpfsittel — zu
giftigen Göttern. Was wäre geschehen, wenn die
Verbandsmächte, nur von erhabenen humanitären
Grundsätzen geleitet, dasselbe Mittel der Ver-
eidigung und des Kampfes außer acht gelassen
hätten? Traurig ist dieses — aber in den inter-
nationalen Verhältnissen herrscht der ewige
Grundsatz: Auge um Auge, Zahn um

Zahn. Im internationalen Recht nennt man
diesen Grundsatz „das Recht der Retorsion“ —
der Wiedervergeltung. Von der Berechtigung der
Anwendung dieses Rechts sind am meisten die
auf niedriger moralischer Kultur
stehenden Völker überzeugt,
welche nur die brutale Gewalt schätzen
und achten. Solchen Völkern gegenüber müssen
wir daher so oft wie möglich dieses
Recht der Wiedervergeltung, als not-
wendige Verteidigung vor der Schwärze
ihrerseits üben. Vor allem aber sollten wir
daran denken, daß wir mit polnischer Milde nicht
weit kommen werden. Wir müssen in uns den
starken Menschen schaffen. Einen Charakter-
menschen, einen Menschen mit Grundsätzen und
edlem Mut. Einen Menschen, der das Interesse
des Landes und der Nation über alles stellt und
der es versteht, bei der Verteidigung dieser Güter
die Zähne zu zeigen.“

So spricht Herr Rierstl, der Generalproku-
rator. Er demaskiert sich und seine Gefinnungs-
genossen. Er nimmt — um seine eigenen Worte
zu gebrauchen — die Maske der Toleranz vom
Gesicht, er verzichtet auf die abstrakte Ge-
rechtigkeit, die bei dem Gedanken zittert, daß
fremde Rechte Einbuße erleiden könnten, die Ge-
rechtigkeit, die er eine Sammelgerechtigkeit nennt,
er verzichtet auf die „edlen humanitären
Grundsätze“ und verkündet offen und deutlich:
Auge um Auge, Zahn um Zahn, vor
allem den Völkern gegenüber — die auf
niedriger moralischer Kulturstufe
stehen“ womit er, die Welt, die durch seine
besondere Brille ansehend, uns Deutsche meint.

So spricht Herr Rierstl, der Generalproku-
rator. Sollte er nicht selbst sein, wegen „wrogiu
polskosci usposobienia“ vor Gericht gestellt
zu werden?

Ein neuer Kurs in Genua?

Die Versuche zur Annäherung einer englisch-russischen Verständigung durch
Vermittlung Deutschlands.

Genua, 8. Mai. (Pat.) Heute morgens
begaben sich Tschitscherin und Witwinow
nach dem Hotel „Eden“ und hatten dort eine
Konferenz mit der deutschen Delegation.
Wie bekannt, hat auch nach dem letzten deutschen
Besuch bei Lloyd George eine Konferenz
zwischen der deutschen und polnischen Delegation
stattgefunden. In Anbetracht der Wiederholung
dieser Beratungen wird angenommen, daß die
Deutschen die Vermittlung zwischen
England und Rußland übernommen
haben. „Messagers“ behauptet, daß die älteren
Konferenzen den Zweck verfolgten, Tschitscherin zu
veranlassen, eine günstige Antwort auf die deut-
sche Schrift zu geben. Sollte es nicht gelingen, Eng-
land und Italien von Frankreich und Belgien abzu-
bringen, so würde, nach Ansicht des Blattes, eine
neue Entente, bestehend aus England,
Italien, Deutschland und Rußland
entstehen.

Berlin, 8. Mai. (A. W.) Ueber die zu-
künftige Politik Englands meldet die
deutsche Presse aus Genua, daß England beabsich-
tigt, alle bis jetzt abgeschlossenen Bündnisse, Ab-
kommen und Konventionen zu annullieren
und sich in seine frühere „splendid isolation“
zurückzuziehen. Erst auf Grund der neuen Si-
tuation will England zum Abschluß neuer Ab-
machungen schreiten.

Lloyd Georges Drohung.

London, 8. Mai. (A. W.) „Daily Te-
legraph“ meldet aus Genua, daß Lloyd
George dem Vorsitzenden der französischen
Delegation in entschiedenem Tone mitge-
teilt habe, daß die „Entente cordiale“
erlöschen müsse, wenn Frankreich auch
weiterhin Belgien unterstützen werde. Lloyd
George soll hierbei erklärt haben, daß er
in England der einzige Freund
Frankreichs sei.

Die Lage noch immer kritisch.

Genua, 8. Mai. (Pat.) Lloyd George
hatte heute mit Birks eine zweistündige Unter-
redung. Diese Unterredung wie auch eine Anzahl
anderer Konferenzen führten zu keiner Klä-
rung der Lage, die noch fortgesetzt ge-
spannt ist.

Genua, 8. Mai. (Pat.) Der größte Teil
der deutschen Sachverständigen soll in
den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren. Die
Rückkehr Dr. Birks nach Berlin steht noch
nicht fest. Der Zeitpunkt derselben hängt von
den Verhandlungen mit Lloyd George ab.

London, 8. Mai. (A. W.) Der Geneser
Korrespondent des „Saturday Express“
verrichtet, daß für den Fall des Abbruchs der
Verhandlungen Lloyd George am Dienstag
aus Genua nach London reisen werde, während die
russische Delegation in Genua verbleibe, um mit den
einzelnen Staaten weiter zu verhandeln.

Die Ungarn abgereift.

Budapest, 8. Mai. (Pat.) Der Sonderbe-
richterstatter des Ungarischen Korrespondenzbureaus

meldet aus Genua, daß die ungarische Dele-
gation unter Barfi Teleky gestern Genua
verlassen habe.

Die Sowjets lehnen ab.

Berlin, 8. Mai. (A. W.) Aus Genua
wird hierher gemeldet, daß die Räteregie-
rung gestern ihre Delegation aufgefordert
habe, die Denkschrift der Konferenz-
staaten abzuweisen.

Wien, 8. Mai. (Pat.) „Neue Fr. Presse“
berichtet aus Genua: Seitens der Sowjets
wird gemeldet, daß die Art. 1, 3, 7 und 11 der
Denkschrift keine Schwierigkeiten dar-
stellen. Die Antwort wird Dienstag oder Mitt-
woch erfolgen. Die russische Delegation bemerkt,
daß, wenn die Verhandlungen abgebrochen werden
müßten, dies den Sowjets nicht zu Lasten gelegt
werden könne.

Französische Wünsche.

Paris, 7. Mai. (Pat.) „Echo de Paris“ mel-
det aus London, daß man dort mit der
Schließung oder Vertagung der Kon-
ferenz für einige Monate rechnet. In
der Zwischenzeit sollte ein Ausschuss von Finanz-
fachleuten nach Rußland reisen, um die dortige
Lage kennen zu lernen.

Napavla macht Schule.

Abbruch eines tschechoslowakischen Vertrages.
Prag, 6. Mai. Der nationalsozialistische
„Cesko Slovo“, der gute Beziehungen zum tsche-
chischen Außenministerium unterhält, äußert ganz
offen die Ansicht, daß die Tschechoslowakei in der
Frage der Anerkennung Sowjetrußlands fran-
zösisch nicht folgen könne, sondern sich der
Ansicht Englands und Italiens anschließen müsse.
Frankreich könne sich wirtschaftlich isolieren, ohne
daranunter zu leiden; der Tschechoslowakei könne
aber die wirtschaftliche Zukunft Rußlands nicht
gleichgültig sein. Komme es in Genua zu keiner
Einigung, so würden England, Italien und auch
Polen bald dem deutschen Beispiel
folgen und Einzelverträge mit Rußland ab-
schließen, und dann könne die Tschechoslowakei nicht
zurückbleiben.

Bordeaux, 8. Mai. (A. W.) Der Geneser
Korrespondent des „Journal“ meldet, daß die
Tschechoslowakei bereits am 3. Mai i. J.
mit Rußland ein Abkommen getrof-
fen hat, welches dem russisch-deutschen sehr ähnlich.

Berwürfnis zwischen Vatikan und Paris.

Berlin, 8. Mai. (A. W.) Die deutsche
Presse meldet aus Rom, daß sich die Be-
ziehungen zwischen dem Vatikan und
der französischen Regierung verschlech-
tert haben. Zur Erklärung dieser Nachrichten
führt die deutsche Presse die Abreise des fran-
zösischen Botschafters beim Vatikan, Jourant,
an, der nach einer kurzen Audienz beim Papst,
mit dem gesamten Personal Rom verließ. Als
Grund hierfür wird die günstige Stellung-
nahme des Heiligen Stuhles den Sow-
jets gegenüber angegeben.

Hermes reist nach Paris.

Berlin, 8. Mai. (A. W.) Am 10. oder
11. Mai soll der deutsche Finanzminister Her-

Der noch Sonn-
täglich früh.
an Geschäftsstelle:
Petzold-Strasse 86, Tel. 681
Betriebskammer durch höhere Germa-
rbeitsniederlegung oder Ausübung hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der
Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Eigene Vertretungen in:
Alexandria, Baku, Charkow, Kiew, Moskau, Odessa,
Pankration, Vinnitsa, Rastawice, Rowno,
Sokolowice, Tomaszow, Turek, Wloclawek,
Zabrze, Zamosc, Zyrardow.

mes in Paris eintreffen, um der Reparations-
kommission Bericht über die finanzielle Lage
Deutschlands zu erstatten.

20-Milliarden-Kredit für Deutschland.

Genua, 7. Mai. (Pat.) In den Reihen
der Konferenz verlautet, daß die englisch-
italienischen Verhandlungen wegen
Erteilung eines Kredits von 20 Milliarden
Mark für Deutschland auf gutem Wege
seien.

Das glückliche Südslawien.

Berlin, 8. Mai. (A. W.) Die Londoner
City hat der südslawischen Regierung
einen Kredit von 25 Millionen Pfund an-
geboten. Somit hat Jugoslawien die Wahl
zwischen dem amerikanischen und dem eng-
lischen Kredit.

Die polnisch-italienischen Han- delverhandlungen.

Genua, 8. Mai. (Pat.) Die polnisch-
italienischen Verhandlungen in Sachen
des Abschlusses eines Handelsabkommens
gehen ihrem Ende entgegen.

Die schlanen Pankees.

Berlin, 6. Mai. (A. W.) „Chicago Tribune“
meldet, daß die amerikanische „Standard Oil
Company“ in der letzten Woche eine größere An-
zahl Aktien der schwedisch-russischen Gruppe „Se-
brader Nobel“ angekauft hat, die vor den
Krieg die Kontrolle über 40 Proz. der gesamten
russischen Naphthaexportation innehatte.

Furchtbares Eisenbahnunglück.

Rom, 8. Mai. (A. W.) In der Nähe
des Bahnhofes von Pisa stürzte ein
Bahnhofs über den Kanal in den
Abgrund ein, als ein Eisenbahn-
zug vom Bahnhof abfuhr. Mit Aus-
nahme der Lokomotive und zweier Wago-
gons stürzte der Zug aus ei-
ner Höhe von 10 Metern in den Ka-
anal. Viele Personen fanden den Tod
eine große Anzahl wurde verwundet.

Sejm.

6. Mai. 802 Sitzung.
(Schluß).

Abg. Lieberman kritisiert das Ge-
setz nicht nur vom Standpunkt der demokra-
tischen Grundsätze. Die Wahlordnung sichert die In-
teressen der gesamten Bevölkerung, keineswegs
Indem die nationalen Minderheiten
aus der Arena des Parlamentes verdrängt wer-
den, schadet man dem Staatsinteresse, da jeder
Teil der Bevölkerung gezwungen ist, außer
halb des Sejms gegen denselben zu
kämpfen. Die Zahl von 403 Abgeor-
neten ist viel zu klein, andere Staaten aber oft
Vorbild zu nehmen, ist verfehlt. Die P. S.
fordert die Vergrößerung der Zahl der Abge-
ordneten, da nur dann Ausichten vorhanden sein
werden, eine größere Anzahl besterter Abgeord-
neter zu besitzen. Der polnische Sejm hat vor
allen Dingen die Aufgabe, den Staatsbau noch
weiterhin zu formen und die noch unerfüllten
Bürokratie zu überwinden. Diese Aufgaben kann
man nicht den Aufgaben anderer Parteien
gleichstellen. Nach Meinung der Rechten hat die
vorgelegte Wahlordnung das Ziel: „Zer-
störung der Einheit, und das Recht, zu leben
den Starke“. Die Wahlordnung kämpft
gegen die Einheit, gegen die arbeitende Masse
sowie gegen die Volksminderheiten.
bei uns 30 Prozent (?) bilden. Die Partei der
Staates liegt nicht im Kampf mit der Masse,
sondern im Gegensatz zu den Minderheiten.
selben Reiner ist für die Beibehaltung der
gegenwärtigen Wahlordnung. Sollte der eine
brachte Entwurf nicht abgeändert werden, so steht
sich die Gruppe der Rechten vor, einer
schaffen und schließlich einen Kampf mit der so ge-
schlagenen Wahlordnung aufzunehmen.
Abg. Bagienki ist im Namen der „Waj-
wolenski“-Gruppe mit dieser Wahlordnung grund-
sätzlich einverstanden.
Auch Abg. Suligowski setzt sich für die
vorgelegene Wahlordnung ein.
Die Verhandlungen werden bis Dienstag
nachmittag vertagt.
